

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pf. pro dreispaltene Corpuzzeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 134.

Donnerstag, den 12. November

1896.

Die deutsche Ausfuhr im Jahre 1896.

Noch ist das Jahr 1896 nicht zu Ende und schon verfolgt man von Monat zu Monat die Zahlen und Nummern der deutschen Waarenausfuhr nach dem Auslande mit größter Aufmerksamkeit, denn nicht nur die Industriellen und Kaufleute, sondern auch die Staats- und Finanzmänner sind im hohen Grade an der Bewegung der deutschen Ausfuhr betheilig, die eine immer mehr beachtende zu werden verspricht. Die jetzt veröffentlichte Werthberechnung weist für die ersten neun Monate des Jahres 1896 für die deutsche Ausfuhr 2536,3 Millionen Mark auf, gegen 2407,6 Mill. Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres, so daß sich eine Zunahme um 128,7 Millionen Mark ergeben hat. Auf die einzelnen Vierteljahre, für welche die Werthe berechnet werden, vertheilt sich diese Zunahme folgendermaßen:

Deutschlands Ausfuhr in Millionen Mark	
1. Vierteljahr	832,3
2. "	810,1
3. "	893,9

Im dritten Vierteljahr ist demnach die Ausfuhr an sich am bedeutendsten gewesen, aber zur Steigerung gegen das Vorjahr hat doch bisher das erste Vierteljahr am meisten beigetragen. Eine Vergleichung mit früheren Jahren bis 1892 zurück, in welchem Jahre diese Werthberechnungen zuerst veröffentlicht wurden, liefert folgendes Ergebnis:

Deutschlands Ausfuhr in Millionen Mark	
Jan. Sept.	
1892	2304,8
1893	2330,2
1894	2348,8
1895	2407,6
1896	2536,3

Au diesen Zahlen kommt erst die Bedeutung der Zunahme, welche die Ausfuhr in diesem Jahre erfahren hat, zum richtigen Ausdruck. Die Zunahme gegen das Vorjahr 1895 beträgt, wie bemerkt, 128,7 Mill. Mark, aber dieses letztere Jahr wies bereits seinerseits gegen 1894 eine Steigerung um 158,8 Mill. Mark auf, so daß sich innerhalb der beiden Jahre 1894 bis 1896 die deutsche Ausfuhr um 287,5 Mill. Mark erhöht hat. Dauert aber diese günstige Entwicklung im deutschen Ausfuhrhandel an und findet nicht etwa ein plötzlicher Rückschlag statt, so fangen die Summen, welche für die an das Ausland verkaufte deutsche Waare in das deutsche Reich fließen, an, volkswirtschaftlich und finanziell von größter Bedeutung zu werden, denn es würde dadurch bewiesen, daß die deutsche Industrie und der deutsche Handel auf dem ganzen Weltmarkt eine beherrschende Stellung sich erobert hat, und dieser Erfolg müßte von großem Segen für alle Erwerbszweige im deutschen Reiche werden.

Tagesgeschichte.

Potsdam, 10. November. In Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin fand heute Mittag die Verabschiedung der Rekruten der Potsdamer Garnison im Langen Saal statt. Die geistliche Handlung vollzog für die Rekruten evangelischer Konfession der Divisionspfarrer Kestner, für diejenigen katholischer Konfession der Divisionspfarrer Hoffrichter. Nach der Vereidigung hielt der Kaiser seine Ansprache an die Rekruten, worauf der Stadtkommandant Generalmajor Freiherr v. Bülow ein Hoch sprach und die Musik intonierte „Oeil Dir im Siegerkranz“. Sr. Majestät begab sich sodann zu Fuß nach dem Kasernenkasino des 1. Garderegiments zu Fuß zum Frühstück, an dem auch die fremden Militärattachés, welche der Vereidigung beigewohnt hatten, theilnahmen. In den letzten Wochen hat sich wieder einmal gezeigt, welche außerordentliche Stellung Fürst Bismarck unter den Herrschern einnimmt. Eine von ihm in die Presse gebrachte Notiz hat mit einem Schlage alle Gesprächs- und Berührungspunkte in den Hintergrund gedrängt, obgleich gerade während dieser Zeit genug Dinge von Wichtigkeit vor sich gingen, die dem Tagesinteresse näher lagen als die Frage, ob und wieviel Jahre zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg ein mehr oder minder freundschaft-

liches Verhältnis bestanden hat. Selbst der freistündigen Partei nahestehende Blätter haben sich der Anerkennung dieser Thatsache nicht entziehen können und einen Begriff von der Bedeutung des „Einsiedlers in Friedrichsruh“ erhalten. So schreibt die ungenannte auf dem Wiener Standpunkte stehende „Befreiung“: „Sanz Europa hat sich nun über den Inhalt, den Ursprung und den Zweck jener Zeitungsnotiz Morgens und Abends mit einem Eifer und einer Gründlichkeit unterhalten, als ob von der richtigen Deutung oder von der weiteren Wirkung dieser Notiz Wohl und Wehe der Staaten abhingen, als ob in der That die bei diesem Anlasse aufgeworfenen Fragen ungefähr auf demselben Niveaustand ständen, wie die türkischen Wirren, das russisch-französische Bündniß, die Silberkriecherei in der nordamerikanischen Union. Man bedenke, daß es sich um Dinge handelt, die weit hinter uns liegen, die auf die gegenwärtige Situation direkt wenigstens gar keinen Einfluß üben können, daß also die Person des Redenden allein es ist, auf die sich diese ungewöhnliche Aufmerksamkeit konzentriert, und daß diese Person selbst, fern von den Geschäften, keinerlei offizielle Nachmittage mehr besitzt, Freunden und Feinden nichts mehr zu bieten hat als ihren Namen, ihre Erinnerungen, ihre natürlichen Gaben. Die Hand, die einst mit einem leisen Druck des Fingers den Geschicken Europas oder Deutschlands eine andere Wendung zu geben vermochte, ist lahm und kraftlos wie die irgend eines pensionirten Generals; nur die Stimme scheint noch zu existiren, und doch reicht die Stimme allein aus, wie wir sehen, eine allgemeine, tiefe, heftige Bewegung in allen Kabinetten und allen Ländern des Welttheils hervorzurufen. Ist etwas Ähnliches schon anderswo jemals vorgekommen? Nur annähernd Ähnliches vielleicht, wenn von St. Helena her die Stimme des gestürzten Imperators in abgerissenen Lauten bis an unsere Küsten scholl, und auch damals kaum. Napoleons Welt existirte damals nicht mehr; die Welt Bismarck's ist noch heute vorhanden, und in ihr findet seine Stimme noch den Widerhall, an den er zur Zeit seiner Macht gewöhnt war. Ist nicht am Ende diese Thatsache mindestens ebenso merkwürdig und interessant wie der Inhalt der Enthüllungen, mit denen er uns überrascht hat? Dieser Inhalt hält sich trotz aller Offenherzigkeit des Mittheilenden in so viel Dunkelheiten, daß alle Betrachtung nicht ausreicht, zu einem greifbaren Kern und zu festen Anrissen der wahren Wahrheit zu gelangen; an den sich kreuzenden Widersprüchen erlaubt man auch der eifrigsten Forschungstrieb, und schließlich hat man immer den Zweifel, ob es der Mühe werth sei, den wirklichen Thatbestand aus dem Nebel auszuklauben. Sicher ist bei alledem nur die Wirkung, die sehr unwillkommene und vielleicht sehr nachtheilige, der begangenen Indiskretion, und sicher ist, daß sie einen Beitrag zu der Charakteristik des Mannes liefert, von dem sie ausgeht.“

Wie es scheint, liegt in parlamentarischen Kreisen wirklich die Absicht vor, die von den „Hamb. Nachr.“ veröffentlichten Enthüllungen zum Gegenstande einer Interpellation im Reichstage zu machen. Es kann nicht dringend genug von einem solchen Schritte abgerathen werden, da es ganz undenkbar ist, daß aus einer Reichstagsdebatte über diese Angelegenheit etwas Ersprießliches heranskommt. Im nationalen Interesse liegt es jedenfalls, daß der ganze unergiebliche Streit endlich begraben und nicht aufs neue angefaßt wird. Der Demokratie aller Schattirungen würde man mit einer solchen Interpellation, wenn sie etwa von konservativer Seite gestellt würde, einen großen Gefallen erweisen, denn sie würde, unter dem Vorwande, die Verlegungen diplomatischer Geheimnisse zu verhindern und zur Befragung bringen zu wollen, die Gelegenheit benutzen, dem Einiger der Nation in den Augen des Volkes wie des Auslandes womöglich einen unaußwählbaren Makel anzuhängen und damit zugleich diejenige Phase der Geschichte Deutschlands zu diskreditiren, in der es zu nationaler Einigung und Größe emporgehoben wurde. Wie neuerdings verlautet, soll das Centrum die Absicht haben, die Interpellation zu stellen, angeblich um eine Kundgebung des Reichstages für das innige Festhalten Deutschlands an seinen Verbindungen herbeizuführen. Eine solche Kundgebung ist aber gar nicht erforderlich, da das in dieser Hinsicht Nöthige schon regierungsfreudig durch den „Reichsanz.“ geschahen ist.

Die „Braunschweigische Landeszeitung“ hängt folgenden Rohheitsausbruch gegen den Fürsten Bismarck niedriger: Von der unglücklichen Brutalität, mit der man den Säbber der deutschen Einheit zu behandeln sich nicht entblödet, mag eine Probe aus dem „Berliner Wochenblatt“ „Die Welt am Montag“, den Beweis liefern. Es heißt da an einer Stelle: „Bismarck hat kein physisches Recht auf ein seelen- und geistesfrisches Alter, wie Gladstone und Wolke. Körper und Nerven sind zermorcht unter den tödtlichen Einflüssen eines unregelmäßigen und unhygienischen Lebens, so daß es natürlicher und gerechter ist, die Bedingungen für solche Unbegreiflichkeiten wie die letzte Enthüllung in seinem greisenhaft verfallenen Gehirn, als in ständigen moralischen Verfallenen zu suchen.“ Und eine solch unerhörte Rohheit dem Manne, der sein ganzes Mannesalter bis zu seinem 75. Jahre ununterbrochen Tag und Nacht dem Dienste des Vaterlandes gewidmet hat! Wie die „Hamb. Nachr.“ aus Friedrichsruh erfahren, hat Fürst Bismarck, als ihm die obige Stelle aus der „Welt am Montag“ vorgelegt wurde, geäußert: „Solche Schreiberereien beweisen nur, daß viele Leute mit großer Ungeduld auf mein Ende warten und froh sein werden, wenn die „alte Rastenkiste“ erst begraben sein wird und ein schicklicher Kranz hingelegt worden ist. Deshalb wird jede Nachricht, daß es mit meiner Gesundheit schlechter ginge, mit großer Genugthuung verbreitet, unter Umständen auch erfunden.“

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung darüber, inwieweit der Arbeiter berechtigt ist zu streiken, fällt am Donnerstag Nachmittag anlässlich des Generalstreikes der Lithographen, Steinbrücker und verwandter Berufsgenossen die achtte Kammer des Berliner Gewerbegerichts. Es erschienen 82 Beklagte, die ohne Kündigung die Arbeit niedergelegt haben. Die Klage stützte sich auf folgenden Passus der Arbeitsordnung: „Im Falle der rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses seitens des Arbeiters hat derselbe den Betrag seines Durchschnittslohnes pro Woche als Schadenersatz zu zahlen, ohne daß es des Nachweises eines Schadens bedarf. Dieser Betrag kann von dem etwa rückständigen Lohne gekürzt werden. Der Vertreter der Ausständigen sucht ein Recht der Arbeiter, die Arbeit ohne Kündigung und ohne Schadenersatz zu leisten, niederzulegen, aus den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung herzuholen. Die Beklagten wurden schließlich zur Zahlung des Wochenlohnes von 16 Mark 20 Pfennig an die Arbeitgeber verurtheilt. In der Begründung des Urtheils heißt es: Die Berufung auf § 152 der Gewerbeordnung sei hinwiegend. Es sei verfehlt, zu glauben, daß das Recht, sich zu vereinigen, auch besondere Rechte der Vereinigungen selbst in sich schließt. Auch die Berufung auf § 153 der Gewerbeordnung sei nicht zutreffend.

In Berlin wurden drei Kellner wegen Münzverbrechens verhaftet. Die Verhafteten befaßten sich mit der Fabrication und dem Vertrieb falscher Zweimarkstücke mit dem Bildniß des Königs von Sachsen, der Jahreszahl 1877 und dem Münzzeichen E sowie mit dem Bildniß Kaiser Wilhelms I., der Jahreszahl 1876 und dem Münzzeichen A; ebenso wurden falsche Einmarkstücke mit der Jahreszahl 1883 und dem Münzzeichen 1 vertrieben. Die Bande unternahm häufig Ausflüge nach anderen Städten, so auch nach Hamburg, wo sie eine größere Menge Falsifikate unterbrachten. Die Falsifikate sind wegen des fehlenden Klages und leichten Gewichtes leicht erkennbar. Besonders schlecht ist der Rand gerägt.

Die Reichsbank hat eine weitere Ausprägung von 20-Pfennig-Nickelmünzen beantragt, weil innerhalb der Kreise von Handel und Industrie Klagen über Mangel an dieser Münzsorte oder Wünsche nach einer Vermehrung ihrer Umlaufmenge laut geworden seien. Auf Veranlassung des Reichsfinanzamtes haben in dieser Beziehung Erhebungen stattgefunden, die nur zum Theil die Angaben der Reichsbankverwaltung bestätigt zu haben scheinen. Vielmehr wurde bestritten, daß ein Bedürfnis nach einer Vermehrung der Umlaufmenge der 20-Pfennig-Nickelmünze fühlbar geworden sei, da an deren Stelle sehr gut 10-Pfennigstücke verwendet werden könnten. Dagegen ist allgemein anerkannt worden, daß vor der 20-Pfennig-Silbermünze der entsprechenden Nickelmünze der Vorzug gegeben werde, obgleich gegen letztere geltend gemacht werde,